



# BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5/6/7/8/9	Erleichterte Einbürgerung	15	Vollgeld-Initiative	18	Altersvorsorge 2020	20
Ja zum NAF	14	Finanzpolitik	17	Seite der Präsidentin	19	FDP International	23

6. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

## Inhalt

### Sieben Postulate zur Universität Basel

Am 9. Januar hat die FDP-Fraktion sieben Postulate vorgestellt, die den Regierungsrat beauftragen sollen, das Sparpotenzial in spezifischen Bereichen der Universität Basel zu prüfen.

Seite 3

### Mit viel Humor ins neue Jahr

Neujahrsapéro der FDP Baselland in Liestal.

Seiten 4 und 5

### Inländervorrang

Das Parlament hat sich bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) für den FDP-Vorschlag zur selbstständigen Steuerung der Zuwanderung unter Sicherung der bilateralen Verträge entschieden. Die Lösung ist Teil einer breiteren Agenda der FDP im Bereich Migration, schreibt Kurt Fluri.

Seite 16

### Digitalisierung

Mit der Digitalisierung ist eine neuerliche industrielle Revolution im Gange. Sie verändert unser Leben tiefgreifend. Sie bringt Chancen und Risiken. Es gilt, die Ängste ernst zu nehmen – und sich auf die Chancen zu fokussieren, ist Bundesrat Johann Schneider-Ammann überzeugt.

Seite 22

## FDP Baselland – auf Kurs

### Geschätzte Parteikolleginnen und -kollegen Liebe Freisinnige

Die FDP Baselland brachte sich im vergangenen Jahr wie kaum zuvor in die politische Diskussion ein. Sie war mit grossem Erfolg präsent wie selten in der Vergangenheit. So konnte sie zahlreiche Sachvorlagen gewinnen. Ein Beispiel dafür ist die Rheinstrasse, deren drohenden Rückbau wir an der Urne verhindern konnten. Ein zweiter Erfolg ist das vom Landrat im Juni 2016 verabschiedete Baselbieter Energiegesetz, aus dem dank unseres Einsatzes alle wirtschaftsrelevanten Beschwerden herausgestrichen wurden. Dass die Baselbieter Stimmberechtigten die entsprechende Energieabgabe im Herbst ablehnten, muss darum vor allem das links-grüne Lager schmerzen, denn die Energieabgabe entsprach unserem Entgegenkommen im Rahmen einer Kompromisslösung.

Es ist in diesem Zusammenhang kein Geheimnis, dass es mir lieber gewesen wäre, wenn sich die Kritiker der Kompromisslösung in unseren eigenen Reihen zu einem früheren Zeitpunkt eingebracht hätten, nicht erst, nachdem der Parteitag mit überwältigendem Mehr die Ja-Parole zum Geschäft gefasst hatte. Gelegenheiten hätte es genügend gegeben. Es könnte ein guter Vorsatz fürs neue Jahr sein, unterschiedliche Ansichten in der Par-



Christine Frey

tei direkt und frühzeitig zu äussern und nicht über die Medien, nachdem bereits der Abstimmungskampf angelautet ist.

Und doch stelle ich fest, dass der harte und sachbezogene Diskurs eben auch eine Stärke unserer Partei ist. Für diese politische Kultur müssen wir uns nicht entschuldigen. Denn es zeichnet unsere Partei aus, dass wir Ungereimtheiten offen ansprechen, ausdiskutieren, hinter uns lassen und dann gemeinsam weiter die politische Zukunft des Baselbiets gestalten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung der FDP Baselland mit den

Themen Bildung und Finanzen der öffentlichen Hand. Statt wie andere aus dem hohlen Bauch heraus irgendwelche unausgereiften Ideen zu platzieren, haben wir beim «Institut für Wirtschaftsstudien Basel» eine Studie in Auftrag gegeben, die ausloten sollte, wo bei der Uni Basel Einsparpotenzial besteht und welche Möglichkeiten es gibt, Mehreinnahmen zu generieren, damit die Hochschule langfristig auf einem gesunden Fundament steht, ohne beim Bildungsangebot abbauen zu müssen.

Fortsetzung auf Seite 2

FDP Reinach

## Drittes Wirtschaftsforum Birseck

Über 80 Besucher folgten der Einladung der FDP Reinach. Moderiert von Melchior Buchs, diskutierten am 1. Dezember 2016 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über die Unternehmenssteuerreform (USR) III.

International tätige Firmen dürfen laut OECD gegenüber Schweizer Firmen steuermässig nicht mehr bevorzugt werden. «Ohne Anpassungen müssen Schweizer Unternehmen im Ausland mit Sanktionen rechnen», warnte FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger.

Ziel der USR III sei eine für alle Parteien ausgewogene Lösung, betonen alle Referenten. So sollen zur Entlastung künftig höher besteuerte Konzerne wie Novartis international akzeptierte Massnahmen eingeführt werden. Dazu wurde in der USR III ein Werkzeugkasten entwickelt, mit dem die Kantone ihr Steuersystem zusammenstellen können.

Der Regierungsrat des Kantons Basellandschaft hat die Eckpfeiler bereits festgelegt: Er will laut Finanzdirektor Anton Lauber den Gewinnersatz gestaffelt auf 14 Prozent senken. «Firmen brauchen Planungs- und Investitionssicherheit. Bei zu hoher steuerlicher Belastung drohen Ab-



Von links: Prof. Dr. Rolf Weder, Klaus Endress, Nationalrätin Daniela Schneeberger, Stephan Mumenthaler, Melchior Buchs und Regierungsrat Anton Lauber.

wanderungen und damit Steuerausfälle. Dabei reicht schon der Wegzug des Hauptsitzes aus der Schweiz», betonte Lauber. Er verwies auf die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der in der Region international tätigen Firmen.

Dank der USR III würden Schweizer KMU nun gleich behandelt wie ausländische Konzerne. «Sagen Sie Ja

zu gleich langen Spiessen!», appellierte Schneeberger ans Publikum. Stephan Mumenthaler, Head Economic & Swiss Public Affairs Novartis, versicherte, dass der Pharma-Multi nach der Reform nicht weniger Steuern zahlen werde. Er und Klaus Endress, VR-Präsident Endress+Hauser, plädierten für ein Ja. Einfach Nein zu sagen sei keine Lösung. Auch für Volkswirt-

schaftsprofessor Rolf Weder geht die USR III in die richtige Richtung.

Im anschliessenden Podium unter der Leitung von Melchior Buchs, Leiter Business Parc, kamen alle zum Schluss: «Die Unternehmenssteuerreform III ist eine Chance für die Schweiz, auch in Zukunft ein attraktiver Wirtschaftsstandort zu sein, der Arbeitsplätze schafft und sichert.»

### Fortsetzung von Seite 1

Als Konsequenz der Studie lassen sich sieben Forderungen ableiten, welche die FDP-Landratsfraktion in Form von Postulaten eingereicht hat (siehe Seite 3).

Die Kritik an unseren Ideen folgte auf dem Fusse. Sofort war von «Bildungsabbau» die Rede. Der Stadtbasler Erziehungsdirektor sprach sogar vom «Todesstoss» für die Uni. Solche reflexartigen Reaktionen sind bedauerlich. Wer die Postulate liest, kann daraus unmöglich einen Bildungsabbau ableiten. Umso mehr wird die FDP Baselland es sich nicht nehmen lassen, auch 2017 konstruktive Ideen einzubringen und die Diskussion um wichtige Themen anzuregen. Anders als für andere Parteien (und gewisse Re-

gierungsvertreter) gibt es für uns dabei keine «heiligen Kühe».

Das bedeutet für uns aber auch: Wir müssen vernetzt denken, verständlich reden und glaubwürdig handeln. Wir müssen proaktiv Themen bewirtschaften, die für die Zukunft des Kantons von Bedeutung sind. Neben dem Bildungsbereich betrifft dies insbesondere die finanzielle Situation der öffentlichen Hand. Als Baselbieter Freisinnige ist es unsere Pflicht, hier konstruktive Lösungen vorzulegen – auch wenn diese im Nachbarkanton naturgemäss nicht unmittelbar mit Applaus bedacht werden. Ein dritter Bereich ist die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Sie ist im Baselbiet zwingend zu verbessern, denn eine leistungsstar-

ke Verkehrsinfrastruktur stellt eine wesentliche Voraussetzung dafür dar, dass die Wirtschaft florieren kann.

Das sind durchs Band weg grosse Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns regelmässig mit unseren Partnern der anderen bürgerlichen Parteien verständigen. Wir dürfen nicht vergessen: Bereits in rund zwei Jahren stehen die nächsten Wahlen an. Es ist deshalb nun an der Zeit, vorzuschauen und mögliche Strategien für die Regierungswahlen, aber auch für eine allfällige Ersatzwahl im Ständerat, anzudenken.

Ich bin überzeugt, dass wir als Partei auch 2017 unseren erfolgreichen Kurs weiterverfolgen werden. Dazu leisten Sie als Mitglieder, freiwillige

Helferinnen und Helfer sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf allen Stufen einen wesentlichen Beitrag. Sie sind die Botschafterinnen und Botschafter für unser freisinniges Gedankengut. Tragen wir 2017 gemeinsam dazu bei, als Freisinnige unser Baselbiet zu stärken, die Möglichkeiten für die nachfolgenden Generationen zu erweitern statt einzuschränken, und unseren Wohlstand langfristig zu sichern. Wenn wir diesen Weg konsequent verfolgen, bleiben wir als FDP Baselland auf Erfolgskurs. Ich wünsche Ihnen und uns allen ein gedeihliches 2017.

**Christine Frey,**  
Präsidentin FDP Baselland

FDP-Fraktion

# Sieben Postulate zur Universität Basel

Am Montag, 9. Januar 2017, hat die FDP-Fraktion anlässlich einer Medienkonferenz sieben Postulate vorgestellt, die den Regierungsrat beauftragen sollen, das Sparpotenzial in spezifischen Bereichen der Universität Basel zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten. Im Hinblick auf die Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit der Universität Basel für die Jahre 2018 bis 2021 möchte die FDP Baselland eine Strategie für eine finanziell nachhaltige Universität vorlegen.

Aufgrund der Ergebnisse einer von der FDP Baselland in Auftrag gegebenen Studie sieht die FDP-Fraktion Sparpotenzial in folgenden Bereichen:

**Postulat 2017-022 «Studiengebühren für ausländische Studierende erhöhen»:** Die Universität Basel kennt keine differenzierten Studiengebühren nach Herkunft der Studierenden. Alle immatrikulierten Studierenden bezahlen 850 Franken pro Semester oder 1700 Franken pro Jahr. Für Doktorierende gelten reduzierte Beträge. Wie die Kostenanalyse in der vorliegenden Studie zeigt, reichen die Gebühren bei Weitem nicht aus, um die mit dem Studium verbundenen Kosten zu decken. Der Regierungsrat soll deshalb beauftragt werden, die Einführung differenzierter Studiengebühren zu prüfen.

**Postulat 2017-023 «Beschränkung der Studierendenzahl»:** Ein Vorteil einer beschränkten Studierendenzahl sind die Planbarkeit und der Einbezug betriebswirtschaftlicher Überlegungen. Die Kostenkurve einer Universität ist in der mittleren und langen Frist nicht stetig. Steigt die Zahl der Studierenden bis zur Kapazitätsgrenze, braucht es in der Regel zusätzliche Investitionen, um das Angebot erweitern zu können. Dies können zusätzliche Hörsäle sein und neue Anstellungen beim Personal. Man spricht von sogenannten sprungfixen Kosten. Der Regierungsrat soll deshalb beauftragt werden, die Limitierung der Anzahl der aufgenommenen Studierenden pro Studienjahr zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

**Postulat 2017-024 «Kostendeckendes Lehrangebot in allen Fakultäten»:** Die interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV) regelt die Abgeltung der Kantone an die Universitätskantone sowie den gleichberechtigten interkantonalen Zugang zu den Universitäten. Im Bereich der vertieften Ausbildung ist die Kostendeckung deutlich schlechter als bei der Grundbildung. Bei den Studierenden aus der übrigen Schweiz wird lediglich ein Kostendeckungsgrad von 60 Prozent erreicht. Insbesondere im geisteswissenschaftlichen Bereich gibt es Probleme bei der Kostenstruktur. Der Regierungsrat soll deshalb beauftragt werden zu prüfen, wie eine Erhöhung des Deckungsgrads auf 100 Prozent in denjenigen Fachbereichen erzielt werden kann, in welchen dies heute nicht der Fall ist.

**Postulat 2017-025 «Konsequente Vermietung ungenutzter Räumlichkeiten»:** Es liegt in der Natur der Sache, dass die Auslastung der universitären Räume in der Jahresfrist starken Schwankungen unterworfen ist. Die Zurückhaltung bei der Fremdvermietung der uneigentlichen Gebäude lässt erahnen, dass die finanziellen Anreize nur sehr gering sind, ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften. Decken die Trägerkantone am Ende des Tages das Defizit der Universität, so besteht keine betriebswirtschaftliche

Motivation, Anstrengungen zu unternehmen, die Auslastung der Räumlichkeiten zu erhöhen. Es soll deshalb geprüft werden, wie durch die konsequente Fremdvermietung der uneigentlichen Räumlichkeiten Mehrerträge erzielt werden können und wie das Raumangebot schrittweise optimiert werden kann.

**Postulat 2017-026 «Stärkere Fokussierung bei der Forschungstätigkeit»:** Insbesondere im Bereich der Forschung muss die Uni Basel eine grössere Verantwortung für ihre eigene langfristige finanzielle Nachhaltigkeit übernehmen. Mögliche Wege wären die stärkere Fokussierung auf Schwerpunkte in der Forschung sowie eine deutliche Erhöhung der Drittmittel für die Forschung. Es soll deshalb geprüft werden, wie mittelfristig mit einer stärkeren Fokussierung auf Forschungsschwerpunkte und mit der Erhöhung der Drittmittel im Bereich der Forschung der Universität Basel Einsparungen von rund 40 Mio. Franken pro Jahr erzielt werden können.

**Postulat 2017-027 «Drittmittelziel anpassen»:** Projekte im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) machen bei der Universität Basel wie auch bei anderen Universitäten einen wesentlichen Teil der Drittmittel aus. Hinzu kommen Gelder aus EU-Forschungsprojekten und Bundesprogrammen, aber auch erwirtschaftete

Mittel aus der Auftragsforschung für private und öffentliche Institutionen. Gemessen am Gesamtertrag hat sich der Anteil an Drittmitteln in den vergangenen zwölf Jahren nicht wesentlich verändert. Es soll geprüft werden, wie die Akquisition von Drittmitteln erhöht werden kann, damit die Uni Basel in diesem Bereich künftig an der Spitze der Schweizer Universitäten rangiert.

**Postulat 2017-028 «Mehr Eigenverantwortung – weniger Staat!»:** Die indirekte Form der Regulierung scheint im Fall der Universität Basel der vielversprechendste Ansatz zu sein. Die Hauptidee dahinter ist es, der Institution adäquate Anreize finanzieller Natur zu unterbreiten. Erhält die Universität nämlich eine finanzielle Verantwortung, liegt es in ihrem Interesse, mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umzugehen. Es müssen Strukturen und Instrumente gefunden werden, durch welche vorhandene Ressourcen optimaler und effizienter genutzt werden können. Die Universität wird indirekt «gezwungen», betriebswirtschaftliche Überlegungen anzustellen, um langfristig bestehen zu können. Deshalb soll geprüft werden, wie mit einer Änderung der Struktur der finanziellen Abgeltung Anreize zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung geschaffen werden können.

## So fährt die Schweiz gut.



[www.NAF-ja.ch](http://www.NAF-ja.ch)

Am 12. Februar

# JA

zum NAF

Neujahrsapéro bei der EBL

# Mit viel Humor ins neue Jahr

Am 12. Januar 2017 fand der traditionelle Neujahrsapéro der FDP Baselland in Liestal statt. Wie im letzten Jahr war die FDP zu Gast beim CEO der Elektra Baselland, Urs Steiner, im Werkhaus der EBL. In seiner Rede ermunterte er die FDP, weiterhin auch die unangenehmen Themen, wie jüngst das Sparpotenzial bei der Uni Basel, anzusprechen und Lösungen aufzuzeigen. Auch die Präsidentin der FDP Baselland, Christine Frey, sagte in ihrer Rede, dass die FDP nicht Politik mache, um zu gefallen, sondern um die Weichen für die Zukunft zu stellen, Lösungen für komplexe Themen zu skizzieren und Diskussionen anzuregen. Sie meinte zum Schluss, dass die FDP nicht zu viele Vorsätze fürs neue Jahr fassen solle, dafür aber die richtigen. Denn schon Konfuzius habe gesagt: «Am Baum der guten Vorsätze gibt es viele Blüten – aber wenig Früchte.» So ermunterte Christine Frey die versammelten Gäste, als Freisinnige dazu beizutragen, den Wohlstand langfristig zu sichern, Fortschritt zu erzielen, die freie Marktwirtschaft zu gewährleisten und die Eigenverantwortung ins Zentrum zu stellen.

Landrat Marc Schinzel sorgte mit seinen Schnitzelbängg bzw. Schinzelbängg über die Mitglieder der FDP-Landratsfraktion und die beiden FDP-Regierungsrätinnen für viele Lacher. Hier ein kleiner Ausschnitt der unterhaltsamen musikalischen Darbietung:

*Im Schwüizerland git mer sich d'Hand, das isch doch sunneklar; das weiss mer au im Baselbiet, und es klappt wunderbar; nur d'Schuel in*



Der letztjährige Teilnehmerrekord von über 100 Personen wurde mit 121 Gästen gesprengt.

*Däärwil seht das andersch, isch emanzipierter, e Frauehand darf dört nur näh dr Huusherr und Gebieter. «Jetzt weiss i glaub», seit d'Monica, «wieso dr Eymann immer, mi Hand so druggt bim Uni-Gschpröch, vo Mol zu Mol wird's schlimmer; dä het doch e Koranschuel bsuecht und die hänn ihm denn groote: Wennd s'Baselbiet zur Mitgift wött sch muesch d'Monica hüuroote!»*

*Elba Nei und Depo-Nie! Kei Abgoob au uf d'Energie; d'Sabine süüfzt*

*«das ka nid sii, do wött sch nur s'Bescht und luegsch doch ii; wenn alli uff mir umetrampe tuschi mit em Wessels Hampe!»*

*Bisch mit em Bus znacht unterwägs sotts sch neu fünf Frangge zahle; die Linggi macht e Drama drus, si müime Höllequale; d'Saskia meint «Die Show isch toll, dä Zueschlag duet sich lohne, mit däm Gäld degge mir jetzt au d'Theater-Subventione!»*

*Wenn dr Sven am Morge früeh im Bett, friedlich träumt vom Meer und*

*färne Schtedt, so raubt em – s'isch voll doof – e Frachtflugi dr Schloof won är als Landroot bitter nötig het. Voll glaade rüeft dr Sven bim Airport a, dä Krach am Morge will är nüimme ha, dr Airport find's nid schlimm, denn in däm Flugi dinn heigs Bio-Schlooftablette für Korea. Jo, die vom Euro-Airport in Mülhuuse, mache viil dass mir guet chönne pfluuse, sie fliege jetzt ganz flach bim Sven knapp übers Dach und wärfe Gratis-Schlooftablette use!*



Die beiden Schnitzelbänkler: Landrat und Vater der «Schnitzelbängg» Marc Schinzel und Peter Heiz.



Jeder Vers ein Treffer: Kein FDP-Landrat konnte Marc Schinzels Analyse entkommen.



Der intensive Übungsaufwand hat sich gelohnt. Nachteil: Der Auftrag fürs nächste Jahr ist bereits eingegangen.



Zufrieden mit dem Anlass: LR Christoph Buser, PP Christine Frey, LR Andreas Dürr und EBL-CEO Urs Steiner.



Die Parteileitung macht Spass: Astrid Marty und Vizepräsident Hanspeter Frey.



Mitglied der internen Bildungskommission: Jean-Luc Nordmann und Bildungsdirektorin Monica Gschwind.



Zufrieden mit dem klaren FDP-Ja zur USR III: Fraktionspräsident Rolf Richterich und Landrat Balz Stückelberger.



Charmanter Proficaterer Roland Tischhauser mit Landrätin Saskia Schenker.



An staatsmännischen Herren fehlt es nicht: Gerichtspräsident Peter Brodbeck und e. Spitaldirektor Ruedi Mohler.



Landrat Heinz Lerf erklärt e. ER Adrian Mächler die FDP-Strategie zu den Uni-Vorstössen.



Kurze Wege von Reinach nach Ettingen: Otto Rudin und Dieter Bolliger.



Der Businesspark ist ein Erfolgsrezept: Geschäftsführer Melchior Buchs und Peter Tobler.



Landrats-Wettstrahlen: Sven Inäbnit und Thomas Eugster.



Nun beide im Parteirat: e. GR Max Hippenmeyer und verdientes Parteiratsmitglied René Kessler.



Auch Christoph Gehr freut sich über seinen neuen Einsitz im Parteirat, rechts Hanspeter Axt.



Team Sissach: Hans Herrmann, Kurt Hodel, Urs Felder, Suzanne Imholz (Vizepräsidentin).



FDP-Urgesteine: Judith van der Merwe, e. Parteipräsident Pete Tobler und charming Landrätin Marianne Hollinger.



Tausendsassa und Regionenleiter Implenia Marco Pulver im Gespräch mit Christine Frey.

# Mit viel Elan ins neue Jahr: Packen wir's an!

«Es gibt viel zu tun, packen wir's an.» So lautete der Werbeslogan von Esso im Jahr 1974. Der Spruch, der damals zum geflügelten Wort wurde, passt gut zur Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD). Denn wir packen momentan gleich mehrere heisse Eisen an.

**Monica Gschwind,**  
Vorsteherin der Bildungs-, Kultur-  
und Sportdirektion

Das erste betrifft die Umsetzung der vom Landrat überwiesenen Motion der FDP-Fraktion «Staatliches Recht vor religiösen Vorschriften». Infolge des verweigerten Handschlags zweier Therwiler Brüder gegenüber den Lehrerinnen soll die Verfassung unseres Kantons mit folgendem Zusatz ergänzt werden: «Weltanschauliche Auffassungen und religiöse Vorschriften entbinden nicht von der Erfüllung bürgerlicher Pflichten.» Dieser Paragraph steht genau so auch in der Aargauer Kantonsverfassung. Eine analoge Bestimmung gab es in der alten Bundesverfassung. In der heutigen Bundesverfassung findet sie sich nicht mehr. Der Grund: Man setzt ihre Geltung schlichtweg voraus. Der verweigte Handschlag in Therwil belehrt uns eines Besseren. Darum soll mit der nun vom Regierungsrat vorgeschlagenen Ergänzung der Kantonsverfassung die Rechtslage bei juristischen Auseinandersetzungen verdeutlicht werden.

Mit der Anpassung unseres Bildungsgesetzes soll einerseits die Schulleitung verpflichtet werden, wesentliche Probleme im Zusammenhang mit der Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler dem Amt für Migration (angesiedelt bei der Sicherheitsdirektion) zu melden. Es handelt sich ausdrücklich um «wesentliche» Probleme wie Verweigerung des Unterrichts, massive Störung, respektlose Behandlung – insbesondere von weiblichen Lehrpersonen – Verweigerung der Teilnahme an Ski-, Schullagern, Schwimm- und Sportunterricht. Die Schulen verfügen heute nur über beschränkte Sanktionsmöglichkeiten und stossen oftmals an ihre Grenzen. Das zuständige Amt für Migration



Monica Gschwind

kann demgegenüber wirksame Massnahmen ergreifen. Heute ist eine Meldung der Schulen aufgrund der Gesetzeslage nicht möglich.

Weiter soll unser Bildungsgesetz dahingehend ergänzt werden, dass der Handschlag, sofern er eingefordert wird, durchgesetzt werden kann. Dessen Verweigerung aus religiösen Gründen bzw. aufgrund der «Unreinheit der Frau» soll damit ausgeschlossen und die Gleichstellung von Frau und Mann ausdrücklich geschützt werden. Jugendliche, welche die Frauen nicht achten, haben wenig Chancen auf eine spätere Erwerbsarbeit – ein Abdriften in die Sozialhilfe ist als wahrscheinlich zu betrachten. Dies gilt es zu verhindern.

Die vorgeschlagene Umsetzung entspricht einem freisinnigen Ansatz, denn eine liberale Haltung heisst eben gerade nicht «laissez faire». Vielmehr

müssen sich Ausländerinnen und Ausländer integrieren, wenn sie sich in der Schweiz niederlassen wollen. Wir dürfen und müssen als Staat Grenzen setzen – vor allem die Anerkennung der Gleichstellung von Frau und Mann ist nicht verhandelbar. Die Vernehmlassung zur Vorlage dauert bis Mitte März 2017.

Ein zweites heisses Eisen ist die Abschaffung des Bildungsrats, bzw. das Schaffen eines «Beirats Bildung». Hintergrund ist die Mitte März 2016 überwiesene Motion der FDP-Fraktion im Landrat unter dem Titel «Verfassungskonforme Entscheidungen – Abschaffung Bildungsrat». Damit hat die Regierung den Auftrag erhalten, eine entsprechende Änderung des Bildungsgesetzes vorzulegen – dies entgegen dem Antrag des Regierungsrates, welcher vorerst die Abschaffung prüfen und darüber berichten wollte.

Nun verfügen lediglich 17 von 26 Kantonen über ein zentrales Gremium, welches speziell für die Beratung von Bildungsfragen zuständig ist. In zehn der 17 Kantone hat dieses eigene Entscheidungsbefugnisse, insbesondere zu Lehrplänen und Stundentafeln. In den vergangenen Jahren sind in verschiedenen Kantonen die Erlasskompetenzen reduziert, gestrichen oder das Gremium selbst abgeschafft worden.

Nachdem am 5. Juni 2016 die Baselbieter Stimmbevölkerung die Verschiebung der Beschlusskompetenz des Lehrplans vom Bildungs- zum Landrat mit rund 53 Prozent abgelehnt hatte, bewog dies die federführende BKSD dazu, in der geforderten Gesetzesvorlage diese und weitere Aufgaben nicht dem Landrat, sondern dem Regierungsrat und der BKSD zuzuweisen. Neu soll ein «Beirat Bildung» geschaffen werden, der sich als vorberatende Kommission mit den wichtigen Fragen im Bereich Bildung befasst und seine fachliche Stellungnahmen insbesondere zu Lehrplan und Stundentafel zuhanden des Regierungsrates einbringt. Damit soll unter anderem gewährleistet werden, dass künftig die wichtigen Beschlüsse zu zentralen Fragen des Bildungswesens von jenen Personen gefasst werden, die vom Volk gewählt sind und daher in der Verantwortung stehen. Die Vernehmlassung zu dieser Vorlage dauert bis Anfang März 2017.

Wie gesagt: 2017 gibt es gleich mehrere heisse Eisen, die es in der BKSD zu bearbeiten gilt. Der eingangs zitierte dazu passende Slogan aus den Siebzigerjahren («Es gibt viel zu tun, packen wir's an») stammt von der Hamburger Werbefirma McCann Erickson. Sie prägte übrigens auch den Slogan für die Werbekampagne zur Coca-Cola-PET-Flasche 1990: «Unkaputtbar». Auch diese Aussage passt gut zur Baselbieter BKSD.

## Energiestrategie

# Nach dem Nein zur Energieabgabe: Energiestrategische Weichenstellungen nötig?

**Sabine Pegoraro,**  
Vorsteherin der Bau- und  
Umweltschuttdirektion

Unsere Energiestrategie aus dem Jahr 2012 ist in einem gemeinsamen Prozess mit wichtigen Akteuren der kantonalen Energiepolitik nach Fukushima erarbeitet worden. Sie beinhaltet u. a. als strategische Ziele die Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes vom 15. Oktober 1979 und die Verdreifachung der Wirkung der Effizienzmassnahmen bei der bestehenden Gebäudesubstanz mit dem Ziel, den Energieverbrauch und die CO<sub>2</sub>-Emission weiter zu senken. Die Finanzierung dieser Massnahmen sollte durch die Einführung einer Energieabgabe als «Zwecksteuer» erfolgen und dadurch der Kantonshaushalt – im Zeitalter knapper Kassen – merklich entlastet werden. Zudem war unsere Energiestrategie 2012 in ihren Zielsetzungen und Massnahmen parallel und komplementär zur Energiestrategie 2050 des Bundes erarbeitet worden.

Nach der Volksabstimmung vom 27. November 2016 und nach der Jahreswende zum neuen Jahr 2017 stellt sich die Frage nach dem Stand der Umsetzung der Energiestrategie und einer Überprüfung des weiteren Vorgehens. In einer ersten Analyse komme ich zu folgendem Ergebnis:

1. Das Ziel der Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes ist erreicht worden. Der Kanton Basellandschaft hat nach 37 Jahren ein neues Energiegesetz, das die neuen verbindlichen Rahmenbedingungen im Bereich Energieeffizienz, z. B. bei Neubauten, setzt. Es ist ein Beitrag zur Attraktivität und Stabilität unseres Standortes im regionalen Wettbewerb und eine Pionierleistung nach Fukushima und dem beschlossenen Atomausstieg des Bundesrates. Das neue Gesetz ist seit dem 1. Januar 2017 in Kraft.



Sabine Pegoraro

2. Die geplante Finanzierung der im Energiegesetz enthaltenen Fördermassnahmen im Bereich der bestehenden Gebäudesubstanz und bei Industrie und Gewerbe durch Einführung einer Energieabgabe wurde in der Volksabstimmung vom 27. November

2016 abgelehnt. Hier ist nun das weitere Vorgehen offen.

3. Gegen die Energiestrategie 2050 des Bundes ist ein Referendum der SVP zustande gekommen. Eine Ablehnung dieser Strategie auf eidgenössischer Ebene hätte auch für unseren Kanton Konsequenzen.

Wir haben somit trotz Inkraftsetzung eines neuen Energiegesetzes eine gewisse Unsicherheit im weiteren Vorgehen. Das Nein zur Energieabgabe, die finanzielle Lage des Kantons und die eventuelle Ablehnung der Energiestrategie 2050 auf Bundesebene zwingt uns zu einem Marschhalt und zu einer politischen Debatte über die nächsten Schritte. Die Trennung in zwei Vorlagen «Energiegesetz» und «Energieabgabe» hat sich somit als richtiger Schritt erwiesen. Denn das Gesetz kann jetzt als Grundlage für die weiteren Überlegungen verwendet werden.

Nach der Volksabstimmung habe ich gleich Anfang Dezember alle Präsidentinnen und Präsidenten der Parteien und Fraktionen im Landrat zu einer Aussprache über das weitere

Vorgehen eingeladen. Am 16. Januar 2017 fand diese Aussprache statt. In den verschiedenen Stellungnahmen zeigte sich mehrheitlich der Wille nach einer Fortführung des erfolgreichen Förderprogramms «Baselbieter Energiepaket» zur Erreichung der Ziele im Energiegesetz. Selbstverständlich gab es aber auch Stimmen, die sich für eine Korrektur der Ziele im Energiegesetz und für die Einstellung des Förderprogrammes aussprachen.

Im Landrat wird diese Diskussion demnächst bei der Behandlung einer Motion der SP zu diesem Thema fortgesetzt. Daraus könnte allenfalls ein Auftrag für einen weiteren Verpflichtungskredit entstehen. Angesichts der prekären finanziellen Lage des Kantons, das betone ich am Schluss zum wiederholten Male, ist der Regierungsrat jedoch gegen eine weitere Belastung des Staatshaushaltes durch einen Verpflichtungskredit. Ich hoffe, dass der Landrat im Sinne der Regierung entscheidet und wir andere Wege finden können, um unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen.



**Hector Herzig**  
Präsident  
glp BL



**Thomas de Courten**  
Nationalrat  
SVP BL



**Marc Bürgi**  
Präsident  
BDP BL



**Daniela Schneeberger**  
Nationalrätin  
FDP BL



**Elisabeth Schneider-Schneiter**  
Nationalrätin  
CVP BL

## Ein ausgewogener Kompromiss für eine wettbewerbsfähige Schweiz

Die Steuerreform ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft:

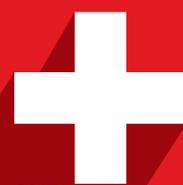
- + sichert mehr als 150'000 Arbeitsplätze und Aufträge für KMU
- + stärkt den Forschungs- und Werkplatz
- + sichert Steuereinnahmen von mehr als 5 Milliarden Franken
- + stärkt Kantone und den Föderalismus
- + stärkt die Schweiz



www.steuerreform-basel.ch

**Arbeitsplätze sichern!**

**Schweiz stärken!**



12. Februar 2017

**Steuerreform**

**Ja**

Unternehmenssteuerreform III

# Von der Steuerreform profitieren auch KMU und Mittelstand!

Am 12. Februar findet eine der wichtigsten Abstimmungen in diesem Jahr statt – jene über die Unternehmenssteuerreform III. Dabei geht es schlicht und einfach darum, den Werkplatz Schweiz als Standort für internationale und einheimische Firmen zu sichern. Es handelt sich um eine ausgewogene, vernünftige und vor allem zukunftssichernde Reform, die unseren Standort stärken und Arbeitsplätze sichern wird.

**Daniela Schneeberger,**  
Nationalrätin

Vor allem von linker Seite werden völlig falsche Ängste geschürt und die dringend notwendige Unternehmenssteuerreform regelrecht schlechtgemacht. Interessant dabei ist aber, dass selbst SP-Präsident Christian Levrat nun plötzlich eine Sonderlösung für Pharmafirmen vorschlägt. Mit anderen Worten: Auch er scheint mittlerweile einzusehen, dass es offenbar eine Reform braucht. Doch im Gegensatz zu Levrat wollen wir eben keine neuen Sonderlösungen, mit denen wir international wieder massiv unter Druck geraten würden, sondern mit dem vom Parlament beschlossenen Reformpaket schaffen wir bisherige Privilegien, sprich Sonderlösungen, ab und sorgen für die steuerliche Gleichbehandlung aller Unternehmungen. Gerade aus wirtschaftsliberaler Sicht ist das der einzig gangbare Weg.

Gleichzeitig schlägt Levrat vor, dass die aus der Steuerreform kurzfristig resultierenden Mindereinnahmen durch die Einführung neuer Steuerbelastungen kompensiert werden sollen. Dass er mit zusätzlichen Steuern vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen und damit den Mittelstand belasten und somit Arbeitsplätze gefährden würde, blendet der SP-Chef geflissentlich aus. Es ist wohl kein Zufall, dass verschiedene SP-Finanzchefs von diesem Vorschlag nichts halten. Im Gegensatz zu ihrem schweizerischen Parteiboss wissen diese eben, wovon sie sprechen.

Linke Politiker behaupten ausserdem, dass die Steuerreform vor allem



Daniela Schneeberger

Kosten verursache und zu Lasten der allgemeinen Steuererträge gehe. Das stimmt nicht: Richtig ist, dass die Unternehmenssteuerreformen im Nachhinein immer höhere Steueraufkommen produziert haben, weil die Schweizer Wirtschaft aufgrund besserer Rahmenbedingungen wachsen und prosperieren konnte. Bei der Unternehmenssteuer sind die Einnahmen in der Schweiz in den vergangenen zwanzig Jahren von 7,5 auf 19,8 Milliarden Franken angestiegen. Auch mit der USR III werden wir unser Steuersubstrat auf lange Sicht sichern und zusätzliches schaffen.

Nun kann man sich fragen, warum der Bundesrat diese positive Entwicklung für die USR III nicht mit konkreten Zahlen untermauert. Die Antwort ist einfach und liegt in der dynamischen Entwicklung der Wirtschaftsleistung: Niemand kann seriös vorhersehen, wie das Steueraufkommen in den kommenden Jahren sein wird, weil dies davon abhängt, wie erfolg-

reich die Schweiz im globalen Wettbewerb wirtschaftet und wie gross die Leistung und das Wachstum der Firmen und der Menschen sein wird. Was wir heute aber sicher wissen: Ohne diese Steuerreform können wir bis zu 5 Mrd. Franken verlieren, mit der Steuerreform wird es zumindest auf Bundesebene kurzfristige Einbussen von rund 1,1 Mrd. Franken geben. Gleichzeitig können wir aber darauf vertrauen, dass mit der USR III eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erfolgt, welche die Standortattraktivität nicht nur erhält, sondern weiter steigert. Damit wird bereits mittelfristig Wachstum und neues Steuersubstrat entstehen. Einzelne Unternehmen werden zwar weniger bezahlen müssen, dafür schaffen wir die Voraussetzung für neue Betriebsansiedlungen. Die Gesamtzahl der Betriebe und damit die Steuereinnahmen werden insgesamt wachsen. Doch es wäre unseriös, wenn man diesen zwangsläufigen Effekt nun auf Punkt und Komma beziffern wollte.

Vor dem dynamischen Hintergrund einer Steuerreform fällt es natürlich leicht, Behauptungen in den Raum zu stellen und Schreckensszenarien zu verbreiten – Verlustängste sind einfach zu bewirtschaften. Fakt ist und bleibt: Der Bund wird den Kantonen rund 1,1 Mrd. Franken zur Verfügung stellen, um mögliche negative Auswirkungen der USR III zu kompensieren. Die Kantone ihrerseits erhalten im Rahmen der Vorlage alle Möglichkeiten und Freiheiten zur Kompensation, und sie können und werden die Gemeinden unterstützen – das ist ja genau der grosse Vorteil der gesetzlichen Grund-

lage, die der Bund geschaffen hat. Das System der USR III ist so konzipiert, dass die Kantone insbesondere den Mittelstand und die KMU entlasten können und so echtes und nachhaltiges Wachstum ausgelöst werden kann.

Nehmen wir kurz das Beispiel Baselland: Der Regierung wird zu Unrecht vorgeworfen, sie habe nicht genügend informiert über die USR III. Ganz im Gegenteil: Mittels transparenter Kommunikation der Eckwerte und der geplanten Steuersenkungen sowie mit direkten Gesprächen mit den Gemeinden hat sie einen pragmatischen Weg gewählt. Die Gemeinden werden sich bei der Ausarbeitung der kantonalen Umsetzungsvorlage direkt einbringen und ihre vitalen Interessen wahrnehmen können. Schaffen wir also am 12. Februar die notwendigen Voraussetzungen, damit Baselland und die anderen Kantone über die entsprechenden Werkzeuge verfügen, um massgeschneiderte und zukunfts-trächtige Lösungen zu schmieden.

Die Steuerreform ist eine der wichtigsten Vorlagen in dieser Legislatur. Gerade wir Freisinnigen stehen aufgrund unserer Wirtschaftskompetenz in einer ganz besonderen Verantwortung. Wir dürfen im Abstimmungskampf nicht nachlassen. Im Gegenteil, wir müssen in der noch verbleibenden Zeit noch intensiver aufklären und den Stimmbürgerinnen und -bürgern die Bedeutung und im Besonderen die Notwendigkeit dieser eminent wichtigen Vorlage aufzeigen. Die USR III hilft dem Standort Schweiz, schafft die Grundlage für Wachstum und Wohlstand und entlastet mittelständische Unternehmen.

## ... und ausserdem

### Ein Strafverfahren ist, wenn ...

Als Teil der gefühlt endlosen Kampagne der BaZ gegen Baschi Dürr (RR BS, FDP) fasste zwischendurch auch der Basler Regierungsrat in corpore gewaltig Prügel. Er habe die vor dem zweiten Wahlgang eingegangene Strafanzeige gegen Baschi Dürr und diverse Polizeioffiziere verheimlicht und einfach nur an einen ausserkantonalen Staatsanwalt weitergeleitet. Er habe damit das Strafverfahren (!) verheimlicht und möglicherweise den Wahlausgang (!) verfälscht. Pech für die BaZ ist zunächst einmal, dass gar kein solches Strafverfahren eröffnet worden war. Deshalb war auch eine Verfälschung des Wahlausgangs gar nicht möglich. Und doppeltes Pech für die BaZ ist, dass der Staatsanwalt mangels einer strafbaren Handlung die besagte Strafanzeige gar nicht an die Hand genommen hat. Ein Strafverfahren gab es also auch nachher nie. Und dreifaches Pech für die BaZ ist, dass sie unter anderem dank Prozess-erfahrung, rechtskundigen Mitarbeitern und Anwälten eigentlich sehr wohl wüsste, was eine Strafanzeige (jemand beschuldigt jemanden, ob zu Recht oder zu Unrecht, einer Straftat) und was ein Strafverfahren ist (die Staatsanwaltschaft eröffnet mit einem formellen Entscheid ein Strafverfahren). Über den Rest schweigt des Sängers Höflichkeit. Und zudem: Was wollte die BaZ selbst denn eigentlich mit der ganzen Kampagne, wenn nicht die Wahlen massiv beeinflussen?

### Genfood und Heuschrecken

Seit vielen Jahren beschliesst der Bund alle vier Jahre, das Gentech-Moratorium und damit das Genfood-Verbot um weitere vier Jahre zu verlängern. Das hat er auch kürzlich wieder getan – und die Begründung dafür ist auch dieses Mal nicht besser geworden. Wissenschaftlich gebe es zwar immer noch trotz langer und aufwendiger Forschung keine Begründung für ein Verbot oder ein Moratorium, das habe auch die zuständige Amtsstelle der EU eben erst wieder festgestellt, aber es seien eben doch noch nicht alle Zweifel ausgeräumt ... Gleichzeitig hat der-

selbe Bund erstmals verschiedene Insektenarten wie etwa die Europäische Wanderheuschrecke als Nahrungsmittel zugelassen. Von Zweifeln über die Unbedenklichkeit insbesondere allfälliger Langzeitfolgen des Verzehrs oder gar von einem Moratorium war hier nicht die Rede.

### Viele Hunde sind des Hasen Tod

In ihrem Schlussbericht bestätigt die Projektorganisation «Hopp Hase» nach zehnjähriger Arbeit von Naturschützern, Jägern und Bauern die Richtigkeit dieses alten Sprichwortes. Es sind die zahlreichen Fressfeinde der Junghasen, die den dramatischen Rückgang der Hasenpopulation verursacht haben – also Hunde, Katzen, Krähen und Füchse, um nur die wichtigsten zu nennen. Wer etwa regelmässig über die Felder zwischen Aesch, Ettingen, Reinach und Therwil wandert und die immer grösser werdenden Krähenschwärme beobachtet, wundert sich höchstens darüber, dass es dort trotzdem sogar wieder mehr Hasen gibt.

Das klare Ergebnis ist in doppelter Hinsicht wichtig. Jetzt, da wir die Ursache kennen, können wir gezielt handeln. Breitere Brachen und weniger dicht gesäte Felder sind machbare Massnahmen. Und wir können zudem alle bisherigen zivilisations- und technologiefeindlichen Spekulationen über die Ursachen (prominent waren Pestizide im Fokus), die überall medienwirksam herumgeboten wurden, endgültig begraben.

### Lasst hören aus alter Zeit

Die Rochaden zwischen den Parteien und Fraktionen im Basler Grossen Rat und das Gezerre um einen angeblich versprochenen frühzeitigen Rücktritt aus dem Nationalrat haben in der Stadt da und dort zu harschen Reaktionen und sogar zum Ruf nach Verboten geführt. Nun, schimpfen darf man durchaus, wenn einem diese Politspiele nicht passen, aber die angedachten Verbote sind nicht wirklich zielführend.

Wir selbst haben ja im Baselbiet Erfahrung mit solchen Spielchen. Vom

im Jahr 1979 neu gewählten Verfassungsrat traten drei der vier frisch gewählten Vertreter der Progressiven Organisationen BL (POBL) schlicht und ergreifend sofort wieder zurück. Böse Zungen wollten damals wissen, dass dies aufgrund eines Beschlusses des Zentralkomitees dieser Partei erfolgt sei, damit die «Richtigen» im Verfassungsrat sässen. Natürlich wurde das im Verfassungsrat auch offiziell besprochen, und die Lösung bestand darin, im neuen Verfassungstext die Unabhängigkeit der Parlamentarier zu garantieren. Diese Lösung überzeugt

auch heute noch, denn ferngesteuerte Parlamentarier brauchen wir nun wirklich nicht. Und wenn wir unseren Parlamentariern schon zutrauen, Gesetze zu beschliessen, so sollten wir ihnen auch zugestehen, dass sie selbst wissen müssen, zu welcher Partei sie in Zukunft gehören und wie lange sie ihr Mandat ausüben wollen. Das gilt selbst dann, wenn die wirklichen Gründe für diese Entscheide nicht immer sehr edel oder auch nur nachvollziehbar sind. Und das ist immer noch besser als irgendwelche Verbote mit nicht absehbaren Nebenwirkungen.

# Arbeitsplätze sichern.

# Baselbiet stärken!

**WICHTIG**  
Auch für KMU



# Steuerreform Ja

Baselbieter Unternehmerkomitee «Ja zur Steuerreform», Postfach 633, 4410 Liestal